

Mazedonien:

«Demagogie des Friedens»

Mazedonien ist das südlichste der neuen Länder, die aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen sind. Auf knapp 26000 Quadratkilometern leben hier 2 Millionen Menschen – 65,3 Prozent MazedonierInnen, 21,7 Prozent AlbanerInnen, 3,8 Prozent TürkInnen sowie kleinere Minderheiten. Zwei Drittel der Bevölkerung sind mazedonisch-orthodox, ein von den anderen orthodoxen Kirchen nicht anerkannter Zweig, während ein Drittel islamischen Glaubens ist. Mazedonien entkam dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien ohne Krieg, doch stehen noch viele ungelöste Probleme an.

Roland Brunner, Skopje

Als Ende der 80er Jahre offensichtlich wurde, dass dem gemeinsamen Staat der SüdslawInnen (Jugoslawien) keine Zukunft beschieden war, und als andere Republiken – Slowenien und Kroatien – ihren Weg Richtung Unabhängigkeit einschlugen, entschloss sich auch die mazedonische Führung, über Wahlen den Weg Richtung Demokratie, Marktwirtschaft und vor allem einen selbständigen mazedonischen Staat zu gehen.

Leidvolle Vergangenheit

Auf dem Gebiet des heutigen Mazedonien existierten in der Vergangenheit zwei grosse Reiche: das erste unter Alexander dem Grossen, das dann unter die Herrschaft Roms und später von Byzanz fiel, und nach der Besiedlung des Balkans durch die slawischen Stämme von 969 bis 1018 das Reich von Zar Samuil. Ausser diesen zwei kurzen Episoden, die in der heutigen Politik Mazedoniens eine

grosse symbolische Bedeutung haben, kannte Mazedonien keine selbständige Vergangenheit. MazedonierInnen waren immer entweder «NordgiechInnen», «SüdserbInnen», «WestbulgarInnen» oder «OstalbenerInnen». Unter der türkischen Herrschaft entstand im 19. Jahrhundert eine nationale mazedonische Bewegung, aber der Berliner Kongress (1878) belass Mazedonien unter türkischer Kontrolle. 1903, am 2. August, kam es zu einem bewaffneten Aufstand gegen das Osmanische Reich – bekannt und gefeiert heute als Ilinden-Aufstand –, der eine nur drei Monate überlebende Republik begründete. Erneut liess Europa Mazedonien im Stich, und der Aufstand wurde von den Türken niedergeschlagen. Während der zwei Balkankriege 1912-1913 wurde Mazedonien aufgeteilt und besetzt, und Zwangsumsiedlungen veränderten die ethnische und soziale Struktur der Region. Erst nach dem zweiten Weltkrieg erhielten Teile des ehemaligen Mazedonien eine gewisse Selbständigkeit und Anerkennung im Rahmen der Sozialistischen Republik Jugoslawien. Teile des ehemaligen Mazedonien verblieben aber im Staatsgebiet von Griechenland und Bulgarien.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Der fortschreitende Zerfall Jugoslawiens Mitte der 80er Jahre bewirkte auch in Mazedonien einen verstärkten Druck Richtung staatliche Selbständigkeit. Wie in Kroatien und Slowenien versuchte auch hier die alte Partei- und Staatsführung, über Wahlen und nationale Symbole ihre Macht auf Republiksebene zu sichern. Bei den ersten – und bisher einzigen –



Mazedonien heute und damals:
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und heutige unabhängige Republik innerhalb der ausgezogenen Linie.
Das historische Mazedonien umfasste um 400 v. Chr. zusätzlich Gebiete im heutigen Griechenland (Veria, Thessaloniki, Seres, Kavala) und in Bulgarien (Kjustendil, Blagoevgrad).

Wahlen vom 11. November bis zum 23. Dezember 1990 wurde ein 120köpfiges Parlament gewählt. Stärkste Partei wurde dabei die VMRO, die Demokratische Partei für die nationale Unabhängigkeit Mazedoniens – eine Partei, die in ihrer Rhetorik an den Ilinden-Aufstand von 1903 anknüpft und die Mazedonien in seinen ethnischen Grenzen hinunter bis zur griechischen Hafenstadt Thessaloniki wiedererrichten möchte.

Obwohl mit 38 Sitzen grösste Partei, blieb die VMRO von der Regierung ausgeschlossen. Die Ex-KommunistInnen, neu formiert in der Sozialdemokratischen Union – Partei für demokratische Transformation (SDSM), errangen 31 Sitze. Die Partei für Demokratische Prosperität (PDP) zusammen mit der Demokratischen Volkspartei gewann 22 Sitze, die Vereinigung der Reformkräfte (heute Reformkräfte – Liberale Partei Mazedoniens) 11 und zusätzlich 6 in Koalition mit der Demokratisch-Progressiven Jugend-Partei. Zusätzliche Mandate gewannen die Sozialistische Partei, die Partei der Jugoslawen in Mazedonien und unabhängige Kandidaten. Das erste Mehrparteien-Parlament Mazedoniens vereinigte damit VertreterInnen von 11 politischen Parteien und drei Unabhängige. Die Regierung wurde von den Ex-Kommunisten in Koalition mit anderen Kräften gebildet, um die VMRO auszuschliessen.

Am 8. September 1991 wurde in Mazedonien eine Volksabstimmung (Referendum) durchgeführt, bei der sich 95 Prozent der Abstimmenden für die Unabhängigkeit Mazedoniens aussprachen. Schon am 17. November 1991 verabschiedete das mazedonische Parlament die neue Verfassung und erklärte Mazedonien zum selbständigen, souveränen

Staat. Obwohl am 8. April 1993 als 181. Land in die Reihen der Vereinten Nationen aufgenommen, ist selbst der Name des neuen Staates alles andere als klar. Vor allem Griechenland wehrt sich gegen die Staatsbezeichnung «Mazedonien», da es damit seine staatliche Integrität im Norden des Landes in Frage gestellt sieht. Nach langen erbitterten Verhandlungen unter Führung von Lord Owen wurde ein momentaner Kompromiss gefunden, mit dem niemand glücklich sein kann: «Former Yugoslav Republic of Macedonia – FYROM» wird das Kind offiziell genannt. Wie wäre es, die USA als «Ehemalige englische Kolonie Amerika» zu bezeichnen?

«Die Hure Europa»

Die MazedonierInnen beklagen die schändliche Rolle, die Europa und die USA bei dieser Namensgebung spielten. Schon in einem alten Lied von 1903, aus der Zeit, als Europa den Ilinden-Aufstand gegen die Türken-Herrschaft verriet, wird Europa als Hure bezeichnet. Djordji Marjanovic, Universitätsprofessor für Strafrecht und Mitbegründer der inzwischen zu Bedeutung gelangten Demokratischen Partei, meint: «Da kommt ein perverser englischer Lord, um einen neuen Namen für dieses alte Land zu entdecken. Wie zu Zeiten von James Cook. Das Benehmen Europas ist eine wirkliche Schande.» Europa habe dem Druck des EG-Mitgliedlandes Griechenland nachgegeben und seine eigenen Prinzipien verraten. Die Jugend Mazedoniens komme – ohne das alte Lied zu kennen – zum selben Schluss wie ihre Vorväter: «Der König ist nackt.»

Tatsächlich hat sich die internationale Staatengemeinschaft bisher herzlich wenig um Mazedonien gekümmert. Zwar wurden im Rahmen des UNPROFOR-Mandates UNO-Blauhelme hier stationiert, doch ihre Aufgabe hier ist recht unklar. In Ohrid beispielsweise, der alten wunderschönen Hauptstadt des Landes im Süden an der albanischen Grenze, hängen UN-Militärbeobachter herum – als ob die Bedrohung Mazedoniens von Albanien ausgehen würde. Ein UNO-Soldat aus Kenia, nach seiner Mission hier befragt, weiss auch nicht so recht, was er hier tut. Er war in Bosnien und muss auch wieder dorthin zurück. In der Zwischenzeit scheint er hier in Mazedonien Entspannung zu finden... Auch im Moment – ich sitze im Flughafen von Skopje und warte auf meinen Abflug – lümmeln etwa zwei Dutzend UNO-Blauhelme hier herum und würfeln, bis ihr Flug geht.

Ein Übergang ohne Wechsel

Djordji Marjanovic ist kritisch, was das bisher Erreichte betrifft: Die alten Kommunisten hätten ihre Farbe und Fahne gewechselt, alles andere sei gleich geblieben. Durch die Privatisierung hätten sich die alten Direktoren die gesellschaftlichen Betriebe unter den Nagel gerissen. Da sie aber ausser Politik nichts könnten und ausser Macht nichts hätten, klammerten sie sich an diese Besitzstandswahrung.

Den Wahlerfolg der VMRO bezeichnet er als natürliches Resultat. Die Partei habe es geschafft, die anfängliche Euphorie zu ihren Gunsten umzumünzen. Gewählt worden sei dabei weniger für die VMRO als gegen die Kommunisten. Für die nächsten Wahlen verspricht er der «Partei der Neo-Romantiker» aber eine Niederlage. Auch Meto Jovanovski, Vi-

Mazedonien in Zahlen

Offizieller Name: Ehemalige
Jugoslawische Republik Mazedonien
EinwohnerInnen: 2,1 Millionen
in 10 Nationalitäten: 65% MazedonierInnen,
offiziell 21,7% AlbanerInnen, Serben,
Roma (Zigeuner), Walachen usw.
Fläche: 25 713 Quadratkilometer
(drei Viertel der Schweiz)
Hauptstadt: Skopje
mit ca. 500'000 EinwohnerInnen
Wirtschaft: Prokopfeinkommen
ca 2000 Franken jährlich
Arbeitslosigkeit ca. 40 Prozent,
ca. 50'000 MazedonierInnen leben
und arbeiten im Ausland

zepräsident des mazedonischen PEN-Clubs, Mitbegründer des Forums für Menschenrechte und eines Bürgerkomitees für Dialog und Verständigung mit Griechenland, teilt diese Einschätzung: «Gewählt wurde gegen die Vergangenheit, nicht für die Zukunft.»

Probleme mit der albanischen Minderheit

Über ein Fünftel der EinwohnerInnen Mazedoniens sind albanischer Abstammung und sprechen die albanische Sprache. Vor allem die hohe Geburtenrate der albanischen Familien – zehn Kinder sind keine Seltenheit – scheint vielen MazedonierInnen als Bedrohung. Djordji Marjanovic bezeichnet – wohl nur halb im Witz – die albanische Partei für demokratische Prosperität als «Partei für demografische Prosperität». Mit den AlbanerInnen lasse sich zusammenleben. Wie auf mazedonischer Seite gebe es aber auch bei den AlbanerInnen Extremisten. Meto Jovanovski erklärt, die nationalistischen Parteien auf beiden Seiten würden die Probleme künstlich schaffen, da dies den Boden für ihren Erfolg abgebe: «Nationalistische Hetze ist der einfachste Weg für mediokre Gestalten, politische Führer zu werden.»

Djordji Marjanovic verurteilt die Flüchtlingspolitik Europas: Zehntausende von AlbanerInnen versuchten, ihren Lebensbedingungen in Kosova oder in Albanien zu entkommen, und gehen in den Westen. Die meisten Länder seien sich aber inzwischen bewusst, dass die albanische Mafia in Drogen- und Waffenhandel verwickelt sei. «Selbst Länder wie Schweden, die Mazedonien noch nicht einmal anerkannt haben, schaffen AlbanerInnen hierher zurück. Sie behandeln uns wie eine Deponie für in Europa unerwünschten Menschenmüll.»

Instabile internationale Lage . . .

Alle Gesprächspartner sehen das Hauptproblem Mazedoniens heute in seiner ungesicherten internationalen Lage. Die Anerkennung Mazedoniens als vollwertiger Staat mit einem richtigen Namen und damit verbunden eine Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation mit Europa könne den Boden schaffen für eine friedliche Zukunft in diesem Teil des Balkans.

Djordji Marjanovic sieht die Frage nach Krieg und Frieden nur im Ausland beantwortet. Von Mazedonien werde kein Krieg ausgehen, aber auch die Bosniaken wollten keinen Krieg. Er erklärt den Krieg im ehemaligen Jugoslawien als Resultat westlicher Interessenpolitik: Nach dem Ende des Kalten Krieges suchten die westlichen Industriemächte nach neuen Ansatzmärkten für ihre Waffenindustrie, um damit Europas Wirtschaft aus der Rezession zu holen. Der Wahnsinn des Krieges wurde nach ihm von aussen induziert. Hamlet zitierend erklärt er: «Es gibt ein System in diesem Wahnsinn.» Das selbe System könnte aber Mazedonien auch vor einem Krieg bewahren, denn die USA und ihr Verbündeter Türkei hätten kein Interesse an einem Krieg, wenn sie ihre Machtinteressen in dieser strategischen Region auch auf friedlichem Weg sichern könnten.

Auch Meto Jovanovski sieht die Grenzen des Einflusses ziviler Initiativen auf das weitere Geschehen im Balkan: «Wir wissen, dass wir keine Macht haben, aber wir haben einen gewissen Einfluss, zu einer ruhigen Atmosphäre beizutragen.» Mit öffentlichen Kundgebungen und Medienappellen will er zeigen, dass die MazedonierInnen mit den GriechInnen in Frieden leben wollen und dass sie keine Bedrohung für die staatliche Integrität Griechenlands darstellen. Die Veröffentlichung

eines solchen Aufrufes am mazedonischen Fernsehen habe ihm viele Sympathiebekundungen eingebracht.

. . . und unvollständige Demokratisierung

Mazedonien hielt bisher erst einmal Mehrparteienwahlen ab. Die Kontinuität der aus diesen Wahlen hervorgegangenen Gremien und Machtstrukturen ist bedeutend grösser als die dabei erfolgten Erneuerungen. Aber, wie Djordji Marjanovic meint: «MazedonierInnen sind geduldig und sparsam. Sie wollen kein Geld verschwenden für einen Volkszirkus, wenn er nichts bringt.» Die nächsten Wahlen hier werden im Frühling oder Herbst nächsten Jahres stattfinden.

In der Zwischenzeit spielt die Regierung die Karte des Friedens: Immer wieder bleut sie den Leuten ein, sie sollten sich nicht in die Politik einmischen. In Mazedonien herrsche Frieden, und der dürfe nicht gefährdet werden. Bei jedem Skandal, an denen die mazedonische Politik reich ist, oder wenn wie am 15. November 1993 eine Vertrauensabstimmung im mazedonischen Parlament ansteht, verteidigt sich die Regierung mit einer «Demagogie des Friedens», wie es Djordji Marjanovic bezeichnet: «Die Regierung stellt es als ihren Erfolg hin, dass wir in Mazedonien Frieden haben. Über Krieg oder Frieden entscheidet aber nicht diese oder eine nächste Regierung, sondern andere Mächte im Ausland. Vielleicht haben wir nur Frieden, weil wir noch nicht an der Reihe waren für den Krieg. . .»